



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND VERKEHR

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg
Postfach 103439 · 70029 Stuttgart

per E-Mail an die
Abteilungen 4
der Regierungspräsidien
Stuttgart
Karlsruhe
Freiburg
Tübingen

Stuttgart, 15.12.2010

Name Martin Pozybill

Durchwahl 0711 231-3623

E-Mail Martin.Pozybill@UVM.BWL.de

Aktenzeichen 62-0123/109/

(Bitte bei Antwort angeben!)

Regierungspräsidium Tübingen
Landesstelle für Straßentechnik

Landkreistag Baden-Württemberg
per E-Mail: Posteingang@Landkreistag-BW.de

Städtetag Baden-Württemberg
per E-Mail: Post@Staetdetag-BW.de

Gemeindetag Baden-Württemberg
per E-Mail: Zentrale@Gemeindetag-BW.de

nachrichtlich: (mit Anlagen)

Innenministerium Baden-Württemberg
per E-Mail: Poststelle@IM.BWL.de

Rechnungshof Baden-Württemberg
per E-Mail: Poststelle@RH.BWL.de

Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung
per E-Mail: Ref-StB11@BMVBS.Bund.de



**Straßenverkehrsinfrastruktur-Sicherheitsmanagement,
Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 26/2010 des BMVBS**

Anlagen

- ARS Nr. 26/2010 des BMVBS vom 03.11.2010; Az.: StB 11/7122.1/4-1252057 (Anlage 1)
- EU-Richtlinie 2008/96/EG vom 19.11.2008 über ein Sicherheitsmanagement für die Straßeninfrastruktur (Anlage 2)
- Zuordnungstabelle der Elemente des Straßenverkehrsinfrastruktur-Sicherheitsmanagements zu den Planungs-, Bau- und Betriebsphasen in Deutschland (Anlage 3)
- Kurzbeschreibung der Sicherheitsanalyse nach ESN mittels Modul Sicherheitsanalyse (ESN) in der Straßeninformationsbank TT-SIB (Anlage 4)
- ARS Nr. 18/2002 des BMVBS vom 13. August 2002; Az.: S 28/16.57.10-2.0.2/5 F 2002 (Anlage 5)
- BW-Auditbericht Muster, 3 Seiten (Anlage 6)

Die Europäische Kommission hat am 19.11.2008 die EU-Richtlinie 2008/96/EG über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur bekannt gegeben (Anlage 2). Mit der EU-Richtlinie werden die Einführung und Durchführung von Regelungen und Methoden für

- a) die Folgenabschätzung hinsichtlich der Straßenverkehrssicherheit,
 - b) das Straßenverkehrssicherheitsaudit,
 - c) die Sicherheitseinstufung und das –management des im Betrieb befindlichen Straßennetzes,
 - d) die Sicherheitsüberprüfung,
 - e) die Erfassung und Verarbeitung von Unfalldaten sowie
 - f) die Bestellung und Ausbildung von Gutachtern
- durch die Mitgliedsstaaten vorgeschrieben.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat mit dem Allgemeinen Rundschreiben Nummer 26/2010 das Straßenverkehrsinfrastruktur-Sicherheitsmanagement gemäß der EU-Richtlinie eingeführt (Anlage 1). Ausgenommen sind Tunnel, die durch die EU-Richtlinie 2004/54/EG abgedeckt sind. Sicherheitsaudits sind zukünftig für Straßen des TERN-Netzes sowie für Bundesfernstraßen bei allen Planungen und Entwürfen von Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen in den Planungs- und Bauphasen sowie der ersten Betriebsphase nach der Verkehrsfreigabe der Maßnahme auf der Grundlage der ESAS 2002 durchzuführen (siehe Anlage 3). EU-Fördermittel für EU-Straßen 2. Ordnung (Bundesfernstraßen) werden nur noch gewährt, wenn die EU-Richtlinie angewendet wird (siehe hierzu die Bundesratsdrucksache 460/10 vom 24.10.2010).

Für die netzweite Sicherheitsanalyse, die ein Bestandteil in der EU-Richtlinie ist, hat das Land Baden-Württemberg eine neue „Integrale Methode“ auf der Grundlage der TT-SIB entwickelt. Voraussetzung hierfür sind aktuelle Straßennetzdaten. Eine Kurzbeschreibung der „Integralen Methode“ liegt als Anlage 4 zu diesem Schreiben bei.

Hiermit wird das ARS 26/2010 zur EU-Richtlinie für die Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes und Landesstraßen in der Baulast des Landes eingeführt.

Die Folgenabschätzungen gemäß Ziffer a) (Artikel 3 der EU-Richtlinie) erfolgen für die Bundesfernstraßen im Rahmen der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans. Für Landesstraßen erfolgen sie im Rahmen der Aufstellung des Generalverkehrsplans des Landes.

Für die Durchführung von Straßenverkehrssicherheitsaudits nach Ziffer b) (Artikel 4 der EU-Richtlinie) gilt das ARS 26/2010 auch für bereits in der Planung bzw. im Bau befindliche Maßnahmen. Es wird gebeten, bei allen Planungen von Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes und Landesstraßen in der Baulast des Landes die Streckenentwürfe in allen Planungsphasen (Vorplanung, Vorentwurf, Planfeststellungsentwurf, sofern er bei Straßenverkehrssicherheitsbelangen vom Vorentwurf abweicht, Ausführungsentwurf und Verkehrsfreigabe) und die Bauwerksentwürfe nach RAB-ING zu auditieren. Die Empfehlungen für das Sicherheitsaudit an Straßen, ESAS Ausgabe 2002 und das ARS 18/2002 (siehe Anlage 5) sind hierfür anzuwenden. Für die erste Betriebsphase wird gebeten, das Audit im Rahmen der ersten Verkehrsschau und unter Anwendung der ESAS, Teil Verkehrsfreigabe, zu erstellen. Es wird anheim gestellt, Audits auch für Planungen von Erhaltungsmaßnahmen durchzuführen.

Das Audit umfasst im Kern drei Unterlagen:

- zu auditierende Planungsunterlagen,
- den vom Projekt unabhängigen Auditor/in erstellten Auditbericht und
- die schriftliche Stellungnahme des/r verantwortliche/n Projektplaners/in mit den Entscheidungen zum Bericht.

Das Audit bezieht sich auf auditierbare Planungsunterlagen. Es wird deshalb gebeten, das Audit auf der Grundlage der vollständigen Prüffertigung der Planungsunterlagen durchzuführen. Die Form des Berichtes soll sich an dem bereits 2008 im Land eingeführten, beigelegten Muster orientieren (siehe Anlage 6).

Die drei Auditunterlagen sind verwaltungsinterne Akten. Ihre Behandlung in den Entwurfsunterlagen ist zur Zeit nicht definiert. Es wird deshalb gebeten, den Bericht und die Stellungnahme als Anhang des Erläuterungsberichtes den Entwurfsunterlagen beizulegen. Im Erläuterungsbericht selbst soll nur das Fazit enthalten sein. Für den Vorentwurf wird gebeten, das Fazit in einem neuen Kapitel 4.11 „Sicherheitsaudit“ zu behandeln.

Aufgrund der landesweiten Erfahrungen wird empfohlen, interne Auditberichte im Team erstellen zu lassen. Es soll aus je einem/r Gutachter/in aus den Geschäftsbereichen Planung und Betrieb/Verkehrssicherheit bestehen. Um die eigene Fachkompetenz zu erhalten, sollte etwa jedes zweite Audit intern durchgeführt werden.

Bis auf Weiteres wird gebeten, eine Mehrfertigung des jeweiligen Auditberichts, der Stellungnahme sowie des Erläuterungsberichtes der Landesstelle für Straßentechnik (LST) zu übersenden. Diese führt eine Auswertung durch und berichtet dem Ministerium zum 1. März jedes Jahres mit einer Empfehlung über das weitere Vorgehen sowie den Bedarf an Schulungen. Der Versand der Auditunterlagen an die LST soll entfallen, sobald eine landesweite Software verfügbar ist, mit der das Auditorenteam die Auditergebnisse direkt in das zentrale System eingeben kann.

Die Sicherheitseinstufung und das –management nach Ziffer c) (Artikel 5 der EU-Richtlinie) erfolgt durch die netzweite Sicherheitsanalyse. Die netzweite Sicherheitsanalyse für die Bundesautobahnen, Bundes- und Landesstraßen ist zukünftig mit der neuen „Integralen Methode“, zentral durch die Landesstelle für Straßentechnik (LST), durchzuführen.

Die Zuständigkeit für die Sicherheitsüberprüfung nach Ziffer d) (Artikel 6 der EU-Richtlinie) liegt für Bundesautobahnen bei den Regierungspräsidien und für die Bundes- und Landesstraßen bei den Stadt- und Landkreisen als untere Verwaltungsbehörden.

Die Erfassung und Auswertung von Unfalldaten gemäß Ziffer e) (Artikel 7 der EU-Richtlinie) erfolgt bereits nach dem Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz. Zuständig ist die Polizei.

Die Ausbildung, Fortbildung und Zertifizierung von Gutachtern/innen gemäß Ziffer f) (Artikel 9 der EU-Richtlinie) hat auf Basis des Merkblattes für die Ausbildung und Zer-

tifizierung von Sicherheitsauditoren von Straßen, Ausgabe 2008 durch anerkannte Ausbildungsstätten zu erfolgen. Schulung und Auffrischungsschulung sollten nicht älter als ca. 5 Jahre sein. Jeder Auditor sollte mindestens 1 Audit pro Jahr durchführen und die regelmäßige Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen nachweisen.

Die Landesstelle für Straßentechnik ist anerkannte Ausbildungsstätte für Bedienstete, die Landesaufgaben im Straßenwesen wahrnehmen (interne Auditoren). Sie führt eine Liste dieser internen Auditoren. Diese sind durch Erhalt des Zertifikates und Eintrag in die Liste auf die Dauer gemäß Zertifikat bestellt. Die LST ist für die Gewährleistung der notwendigen Qualifikation der internen Auditoren zuständig. Gleichwertig bestellte interne Auditoren anderer Bundesländer werden anerkannt.

Soll der Auditbericht von anderen Gutachtern (externe Auditoren) erstellt werden, ist die erfolgreich abgeschlossene Ausbildung an einer der von der Bundesanstalt für Straßenwesen (www.bast.de) aufgeführten Ausbildungsstätte per Zertifikat vor Auftragsvergabe nachzuweisen. Die Bestellung und Gewährleistung der notwendigen Qualifikation erfolgt durch die jeweiligen Regierungspräsidien. Diese senden eine Kopie des Zertifikates an die LST. Die LST trägt diese in die Liste der externen Auditoren ein. Wegen der notwendigen Unabhängigkeit des Auditors von der Planung, darf der/die externe Gutachter/in nicht für den/die mit dieser Planung Beauftragten tätig oder bei ihm/r beschäftigt sein.

Die LST wird gebeten, mindestens einmal jährlich eine Dienstbesprechung mit den Auditoren/innen zum Zwecke des Erfahrungsaustausches durchzuführen und über diese zu berichten.

Das IM-Schreiben vom 14.10.2008, Az. 65-3961.1/40 und das UVM-Schreiben vom 25.08.2010, Az. 65-3961.1/40 werden hiermit aufgehoben.

Die Regierungspräsidien werden gebeten, die unteren Verwaltungsbehörden entsprechend anzuweisen bzw. zu informieren.

Das Land empfiehlt den Gemeinden, kreisfreien Städten und den Landkreisen bei Straßen in deren Zuständigkeit im Sinne einer einheitlichen Vorgehensweise und zur Unterstützung der Verkehrssicherheitsarbeit ebenfalls die Regelungen des ARS 26/2010 zur EU-Richtlinie anzuwenden.

Das Land Baden-Württemberg beabsichtigt, in der Verwaltungsvorschrift zum Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (VwV-LGVFG) zu regeln, dass Fördermittel für Straßeninfrastrukturmaßnahmen nur dann gewährt werden, wenn die Regelungen des ARS 26/2010 zur EU-Sicherheitsrichtlinie eingehalten sind.

Dieses Schreiben wird mit Anlagen in die Regelwerksliste der Landesstelle für Straßentechnik, Sachgebiet 02 „Planung und Entwurf“ eingestellt. Die beiden aufgehobenen Schreiben werden aus der Liste entfernt.

gez. Gert Klaiber